

„Alternative Wahrheit“? eine Lüge bleibt eine Lüge, bleibt eine Lüge...

Nicht nur Trump ist eine Klatsche für die politischen Eliten

Asche auf das Haupt der linken, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte! Was ihnen jahrelang nicht gelungen ist, nämlich die Menschen für ihre Ideen einer gerechteren Ökonomie für alle zu gewinnen und sie als Wähler zu gewinnen, das haben solche Politneulinge, Profilneurotiker und Populisten aus dem rechten Millieu geschafft. Sie haben nämlich zumindest einen Teil der Frustrierten, der Abgehängten und der Verlierer unseres ökonomischen Systems aus dem Schollwinkel der Wahlverweigerung herausgeholt und als Wähler hinter sich gebracht. Was niemand erwartet hatte ist nun geschehen: die Büchse der Pandora ist geöffnet. Ihr entsteigen Kräfte des Hasses, des Rassismus und der Demokratiefeindlichkeit, die im Begriff sind, alle Erungenschaften der letzten 70 Jahre unter sich zu begraben. Wer spricht heute noch von Fairness, von Gerechtigkeit, von Chancengleichheit, wenn er von Demokratie spricht? Sicherlich eine noch große Mehrheit der Schweigenden hält sie für die einzig mögliche Staatsform, aber nur ein Teil dieser großen Mehrheit ist auch bereit und Willens dafür auf die Straße zu gehen und den friedlichen Kampf für die Demokratie auszufechten. Die das System tragenden demokratischen

Parteien lassen eine aktive Rolle bei der Bekämpfung von Pegida, AfD und ähnlichen rassistischen und demokratiefeindlichen Gruppierungen durch eine gerechte Politik für die Menschen vermissen. Das

ner menschenwürdigen Ökonomie hinbewegen lässt, noch hat man den Eindruck, dass sie den Ernst der Lage in irgendeiner Form erkannt haben. Das Zauberwort der Typen wie Trump, Orban oder Le Pen heißt

„Alternative Wahrheit“. Damit lässt sich im Moment sehr erfolgreich Politik machen. Man belügt einfach die verunsicherten Wähler, von denen ein Teil diese Lügen für bare Münze nimmt und bereitwillig hinter dieser neuen Form des „Rattenfängers von Hameln“ hinterherläuft und sich nicht wundert, dass solche rechtsnationalen Kräfte nur ein Ziel haben: den Staat und seine demokratische Form in ein zumindest unsoziales, autokratisches System zu verwandeln, wenn nicht sogar in eine Diktatur. Isolationismus und Nationalismus statt Gemeinsamkeit und Solidarität als lohnenswertes Ziel einer Veränderung? Trump und seine Haudrauf-Rhetorik und Politikversuche sind zwar der Presse immer eine Meldung wert, aber dieser Politrowdy ist eine Gefahr nicht nur für die USA, sondern wegen seiner großen Machtfülle auch für die Menschheit. Denn wenn Trump glaubt, dass

er in der Lage ist, mit Unverschämtheit, Rassismus und einem Frauenbild aus den 1870er Jahren ein Land wie die USA zu lenken, dann irrt er.



Bild, was sie zum Teil in der Öffentlichkeit abgeben, ist zum Teil erbärmlich armselig zu nennen. Weder kann man erkennen, dass sich die politische Mehrheit endlich zu ei-

G 20 Treffen in Hamburg

Am 7. und 8. Juli 2017 findet in Hamburg das sogenannte G20 Treffen statt. Diese Gruppe der G 20 Länder ist eine Konferenz der führenden Industrienationen und Schwellenländer. Die Themen aus diesen beiden Bereichen werden zur Unterstützung einer auf Wirtschaftswachstum, Gewinnmaximierung und Konkurrenz gerichteten Politik gewählt. Die weltweiten

Folgen dieser Politik sind deutlich zu spüren. Soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Naturzerstörung und Klimawandel, Kriege, Flucht und Verarmung sind die direkten Ergebnisse einer bisher völlig aus dem Ruder gelaufenen Politik, die keine Rücksicht auf das Wohlergehen der Menschen nimmt und unseren Planeten direkt in eine Katastrophe führt, wenn sich nichts ändert.



Auftrieb für die SPD

Keine Frage, Martin Schulz gibt der SPD den lange von ihr herbeigesehnten Auftrieb. Zwar weiß niemand genau, wofür die SPD mit Schulz als Vorsitzendem und Kanzlerkandidaten steht, aber allein der Rücktritt des glücklosen Exvorsitzenden Gabriel reicht schon aus, bei den durch Demoskopen befragten Menschen einen geradezu unheimlichen Auftrieb für die Sozialdemokraten zu signalisieren. Der Frust der Wähler über ihre politischen Repräsentanten scheint riesengroß zu sein. Anders lässt sich nicht erklären, dass mit Martin Schulz ein Kandidat Zuspruch erfährt, der



erst zuletzt als Vorsitzender des EU-Parlamentes nichts dafür getan hat, ihm die Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie zuzutrauen. Steinmeier als Mitverantwortlicher für die Agenda 2010 ist jetzt Bundespräsident und damit ist seinem Einfluss auf die Parteipolitik der SPD eine Grenze gesetzt. Gabriel mit seiner konstanten ZickZack-Meinung was die politische Richtung der Sozialdemokraten angeht ist nicht mehr Parteivorsitzender. Ob nun wirklich die Bahn frei ist für eine

bessere sozialdemokratische Politik der SPD ist dennoch fraglich. Schulz gehört dem konservativen Seeheimerflügel der SPD an. Und das lässt nicht sehr stark auf Veränderungen innerhalb der SPD hoffen. Aber vielleicht kann er ja die Partei nicht nur für die schwer arbeitenden Menschen begeistern, sondern auch für diejenigen, die wohl gerne schwer arbeiten aber nicht genug zum Leben und Sterben verdienen oder auch für diejenigen, die keine Arbeit mehr finden. Und er sollte sich dringend um den Sprengstoff für die Zukunft kümmern, die wachsende Armut und den daraus resultieren-

den Zulauf für die Bauernfänger vom rechten Rand. Die Wahl Trumps hat bewiesen, dass Teile der Wähler oft eine schwer zu kalkulierende Größe sind, die sich nicht länger durch politisches Geschwätz hinhalten lassen, sondern die endlich sehen wollen, dass sich auch mal jemand aus der Politikerwelt um sie, die vom Wohlstand abgehängten, kümmert. Mehr Verteilungsgerechtigkeit ist dringend nötig und auch möglich, sofern man das will.

EU-Parlament stimmt Teilen von CETA zu

In Straßburg hat am 15.2.2017 das EU-Parlament mehrheitlich für die Teilratifizierung von CETA gestimmt. Mit großer Mehrheit war die Versammlung für den Freihandelsvertrag mit Kanada. Dieser Vertrag wurde in der EU und in Kanada geheim fertig verhandelt und legt unter anderem den Abbau von Zöllen im gegenseitigen Im- und Export der EU und Kanada fest. In den vergangenen zwei Jahren hatte sich sowohl in den einzelnen Ländern der EU und in Kanada großer Widerstand von Seiten der Bevölkerung entwickelt, so dass der Vertrag nicht im Ganzen, sondern nur in Teilen ratifiziert werden konnte. Es wurden durch den Widerstand von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen wie Attac mehr als 3,5 Millionen Unterschriften gegen den Vertrag gesammelt und dem EU-Parlament übergeben. Ohne diese großen Informations-

kampagnen in vielen Ländern der EU wäre der Vertrag wohl durchgewunken worden, ohne sich um die Gefahren dieses Freihandelsabkommens zu kümmern. Die Schädlichkeit von großen Teilen des CETA-Vertrages für die einzelnen Demokratien war vielen Menschen kaum bewusst. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes muss die Politik wesentliche Teile aus dem Vertragswerk herausnehmen und zur gesonderten Ratifizierung den nationalen Parlamenten zur Abstimmung vorlegen. Darunter ist das sogenannte Investorenschutzabkommen, das im Falle seines Inkrafttretens in Streitfällen die nationalen Regierungen gezwungen hätte, mit Steuergeldern ausländische Investoren zu entschädigen. Die Teile von CETA, die die Entscheidungshoheit der nationalen Parlamente betreffen, sind aus dem Vertrag herausgenommen worden. Es kann noch Jahre dauern, bis alle darüber entschieden haben. Und hier liegt die Chance für die CETA Gegner, den Vertrag doch noch zu Fall zu bringen. Denn eine offensichtliche Mehrheit der 500 Millionen Menschen in der EU ist der Meinung, dass es besser wäre, einen schlechten Freihandelsvertrag abzulehnen, als sich im Falle der Ratifizierung zukünftig beinahe täglich mit seinen negativen Folgen zu beschäftigen.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

[info\(at\)joachim-gogoll.de](mailto:info(at)joachim-gogoll.de)
www.joachim-gogoll.de



Kommentar

von

Joachim F. Gogoll

www.joachim-gogoll.de

Jetzt ist es soweit. Der Neoliberalismus zerstört die Demokratien der Welt. Wer es immer noch nicht begreift: Trump, Le Pen und AfD sind die Folgen einer Ökonomie, die seit 25 Jahren die Menschen, auch die der Mittelschicht, verarmen lässt und einen Teil der Wahlverweigerer in die Arme von tumben Rechtspopulisten treibt. Der Scherbenhaufen ist groß und lässt die demokratischen Parteien der verschiedenen EU-Mitgliedsländer fast hilflos davor stehen. Dabei tragen sie einen nicht unerheblichen Anteil an der Entwicklung selbst. Niemand hat Politiker gezwungen, ihren neoliberalen Einflüsterern der Wirtschaft zu folgen und den Menschen einzutrichtern zu versuchen, die „Alternativlosigkeit“ ihrer falschen Politik vorzugaukeln. Offensichtlich begreift Politik immer noch nicht, was da geschieht.

Europawoche in Nottuln

Immer nur über Europa meckern ist zu billig - es lohnt aber über Veränderungen nachzudenken

Am 9.5.2017 begehen wir den Europatag. Diesen Tag hat die Nottulner Bürgermeisterin Manuela Mahnke zum Anlass genommen, im Interesse des Fortbestandes der EU um dieses Datum herum Aktionen der Bürger und Vereine anzuregen. Es gab daraufhin viele Anregungen und Vorschläge von Seiten der Nottulner. Aus diesem Anlass werden wir von Attac-COE am 3.5.2017 eine Veranstaltung zu dem Thema „Europa geht auch solidarisch“ machen. Die Bremer Professorin für Volkswirtschaft Dr. Mechthild Schrooten von



der Universität Bremen wird zu diesem Thema einen Vortrag halten. Frau Dr. Schrooten hat in diesem Bereich mit anderen Autoren ein Buch veröffentlicht. Joachim F. Gogoll von Attac-COE veröffentlicht zu dem gleichen Thema ein Faltblatt und einen umfangreichen Informationstext, die beide an dem gleichen Tag erscheinen sollen. Mit dieser Aktion und den Veröffentlichungen will die Gruppe Attac-COE auf die vielen Vorteile der Europäischen Union hinweisen. Es sei an der Zeit, endlich einmal mit diesem EU-Bashing aufzuhören und endlich klare Kante für Europa zu zeigen, was angesichts der Trump Attacken und des Brexit dringend notwendig ist.